

Neue Zürcher Zeitung  
8021 Zürich  
044/ 258 11 11  
www.nzz.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 127'091  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich



Themen-Nr.: 805.3  
Abt.-Nr.: 1087300  
Seite: 11  
Fläche: 31'679 mm²

## China im Nacken

*Verlieren die Schweizer Universitäten den Anschluss an die Spitze?*

Strukturerhaltend, unflexibel, zu wenig leistungsorientiert: Die Kritik am Hochschulförderungsgesetz, das der Nationalrat im Sommer berät, ist breit gefächert.

Ohne Korrekturen drohe ein Abstieg ins Mittelfeld, sagen Wirtschaft und Uni-Vertreter.

Die schweizerischen Universitäten belegen in internationalen Rankings regelmässig Spitzenplätze: Die ETH Zürich beispielsweise belegt im Ranking der Shanghaier Jiao-Tong-Universität europaweit den ersten Rang, im Bereich Life-Sciences liegen die Universitäten Zürich und Basel auf den Plätzen zwei und drei. Auch im weltweiten Vergleich lassen sich die Unis sehen – auch wenn sie hier weiter hinten angesiedelt sind. Das liegt vor allem an der hohen Dichte an Top-Universitäten in den USA.

Immer mehr aber drängt neue Konkurrenz nach vorne. China beispielsweise verfügte 2006 gemäss Shanghai-Index über 19 Universitäten unter den 500 weltweit besten – 2010 waren es bereits 34. Man darf Rankings nicht überbewerten, auch deshalb nicht, weil sie oft einseitig ausgerichtet sind und die Interessen des Urhebers widerspiegeln. Doch dass die Konkurrenz wächst, ist unbestritten. Die Leistungsbereitschaft in den Schwellenländern ist hoch, hinzu kommt ein Trend zur Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft, womit sich der Wettbewerb um die besten Köpfe verschärft.

Das ist das Umfeld, mit dem sich die Kommission für Wissenschaft und Bildung des Nationalrates (WBK) befassen muss, wenn sie am Donnerstag und am Freitag als Zweirat das Hochschulförderungsgesetz berät. Insbesondere die Wirtschaft ist unzufrieden mit der Vorlage. Rudolf Minsch von Economie-suisse, die schon seit Monaten gegen die geplante Stossrichtung kämpft, spricht

von einem «planwirtschaftlich formulierten Rahmengesetz». Besonders deutlich kam der Unmut vor kurzem an einem Anlass der Plattform «Metrobasel» zum Ausdruck: Nötig seien ein Marschhalt bei der Verabschiedung des Hochschulförderungsgesetzes und die Berücksichtigung anreizorientierter Strukturreformen. Sonst drohe ein «Verharren im Mittelfeld».

«Nur beschränkt steuerbar»

Dem Vernehmen nach haben sich am Anlass auch Vertreter der universitären Hochschulen, die sich im Bewusstsein um das Spannungsfeld zwischen Politik und Wissenschaft zurückhalten, kritisch geäussert. Auf Anfrage lässt sich Fritz Schiesser, Präsident des ETH-Rates, mit der Aussage zitieren, dass für den ETH-Bereich Exzellenz und internationale Konkurrenzfähigkeit der Massstab seien: «Exzellente Forschung ist aber nur beschränkt steuerbar. Angesichts wachsender Konkurrenz aus dem Ausland müssen wir vor allem Freiräume schaffen für die besten Köpfe.» Zugespitzt formuliert: Der Bund will mit dem neuen Gesetz zu viel – und erreicht das Gegenteil seiner Ziele.

Im Fokus stehen dabei die Strukturen, namentlich die geplante Hochschulkonferenz. Das oberste hochschulpolitische Organ soll Vertreter aller Kantone sowie des Bundes umfassen. Nicht nur die ETH sehen darin eine Übersteuerung durch ein politisches Organ. Auch die Universitätskantone Zürich und Basel beispielsweise befürchten infolge eines derart grossen Gremiums einen Verlust an Autonomie und Flexibilität. Es sei nicht zielführend, alle Kantone zu gleichen Teilen in die universitäre Hochschulpolitik einzubinden, meint beispielsweise Sebastian Brändli vom Zürcher Hochschulamt. Joakim Rügger vom Basler Erziehungsdepartement erkennt gar eine Doppelspurigkeit zur bereits be-

stehenden Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK).

Aus Sicht von Basel-Stadt besteht aber auch ein Missverhältnis bei der Finanzierung. Bei der Verteilung der Förderbeiträge des Bundes für die kantonalen Hochschulen in Höhe von jährlich 550 Millionen Franken würden Leistungsindikatoren zu wenig berücksichtigt. Der Verteilschlüssel wird zwar nicht im Gesetz selber fixiert, dennoch wünscht der Kanton Korrekturen zugunsten leistungsorientierter Indikatoren. Denn wird bei der Bemessung der Beiträge vor allem auf die Zahl der Studierenden abgestellt, führt dies zu einer Stärkung der Geisteswissenschaften, denn solche Studienabgänger können kostengünstiger «produziert» werden.

**Föderalistische Verteilung**

Im Ergebnis sei dies nichts anderes als eine «föderalistisch austarierete Mittelverteilung» unter dem Motto «Für alle etwas», was den Anschluss der Kern-Disziplinen an die Weltspitze verhindern, klagt «Metrobasel». Economie-suisse schlägt vor, die Arbeitsmarktfähigkeit bei der Berechnung der Bundesbeiträge mit einzubeziehen. Eine ähnliche Idee wird von CVP-Nationalrätin Kathy Riklin eingebracht. Klar sei, dass Unis nicht dazu verleitet werden dürften, ohne Rücksicht auf Qualität möglichst viele Studierende anzuwerben, erklärt sie. Sie regt an, die Arbeitsmarktfähigkeit bei der Akkreditierung von Hochschulen und Studienprogrammen zu berücksichtigen.

Riklin warnt aber gleichzeitig vor einer einseitigen Fokussierung auf die Bedürfnisse der Wirtschaft. Letztlich sei es schwierig, verschiedene Universitäten und Studienrichtungen nach einheitlichen und praktikablen Massstäben zu bewerten, zumal in Rankings die Geisteswissenschaften oft nicht berücksichtigt würden. Auch Sebastian Brändli sieht in einer zu starken Gewichtung des

Datum: 31.03.2011

# Neue Zürcher Zeitung



Neue Zürcher Zeitung  
8021 Zürich  
044/ 258 11 11  
www.nzz.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 127'091  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 805.3  
Abo-Nr.: 1087300  
Seite: 11  
Fläche: 31'679 mm<sup>2</sup>

wirtschaftsrelevanten Outputs Nachteile: «Letztlich ist das Hervorbringen einer Vielfalt von Universitäten eine grosse politische Errungenschaft.»

*Daniel Gerny*

Datum: 23.03.2011

# Basler Zeitung

Die Zeitung der Nordwestschweiz



Basler Zeitung  
4002 Basel  
061/ 639 11 11  
www.baz.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 83'773  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 805.3  
Abo-Nr.: 1087300  
Seite: 1  
Fläche: 7'226 mm<sup>2</sup>

## Schweizer Unis brauchen Geld

Studie schlägt neues System vor

**PRIVATE MITTEL.** Dem Hochschulstandort Schweiz droht der Abstieg in die Mittelmässigkeit. Zu diesem Schluss gelangt eine neue von der Denkfabrik Metrobasel in Auftrag gegebene Studie, welche die Schweizer Hochschulpolitik mit jener von anderen Ländern verglichen hat. Während besonders die asiatischen Staaten das wettbewerbsorientierte Bildungssystem der USA kopierten, fehle es den Schweizer Universitäten an privaten Mitteln.

Die Studie schlägt sieben Massnahmen vor, die den Universitäten insgesamt 1,2 Milliarden Franken an jährlichen Mehreinnahmen bringen würden. Alleine 500 Millionen Franken macht dabei die Erhöhung der Studiengebühren auf 5000 Franken aus. Private Schenkungen an Hochschulen sollen zudem von den Steuern abgezogen werden können. Weiter soll die öffentliche Hand bei der Vergabe von Hochschulbeiträgen vermehrt «leistungsorientierte Berechnungsmodelle» verwenden.

Die Resultate der Studie hat Metrobasel gestern Bildungspolitikern aus allen Parteien vorgestellt. Diese sollen nun auf bessere Bedingungen für die Hochschulen hinwirken. ac





Basler Zeitung  
4002 Basel  
061/ 639 11 11  
www.baz.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 83'773  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 805.3  
Abo-Nr.: 1087300  
Seite: 4  
Fläche: 50'795 mm<sup>2</sup>

## Wie die Unis zu mehr Geld kommen

Studie von Metrobasel schlägt höhere Studiengebühren und eine Erbschaftssteuer vor



Zu wenige Nobelpreise. Auch die Universität Basel braucht für qualifizierte Forschung mehr Mittel. Foto: Henry Muehleberger

ALAN CASSIDY, Bern

**Die Schweizer Hochschulen sollen mehr private Beiträge erhalten. Eine neue Studie wartet mit unkonventionellen Vorschlägen auf, die den Universitäten über eine Milliarde Franken bringen sollen.**

Kurt Wüthrich, Professor für Biophysik an der ETH Zürich, war der letzte Schweizer, der von der Königlich-Schwedischen Wissenschaftsakademie den Nobelpreis erhielt. 2002 wurde er für seine Verdienste in Chemie ausgezeichnet. Seither ist es ruhiger geworden um den Schweizer Forschungsplatz. Zu ruhig, finden manche: Nur «aussergewöhnliche Anstrengungen» könnten den «schleichenden Abstieg» der Schweiz in die Mittelklasse noch verhindern.

Zu diesem Schluss kommt eine Studie, die von der Denkfabrik Metrobasel in Auftrag gegeben wurde. Durchgeführt hat sie der ehemalige Wissenschaftskonsul der Eidgenossenschaft in Boston, Christoph von Arb. Das Papier soll zeigen, was in der Schweiz getan werden müsse, um die hiesigen Univer-

sitäten «in die globale Topliga» zu führen.

Im Kern geht es um eine Frage: Wie gelangen die Schweizer Universitäten an mehr Geld, und vor allem: an mehr private Mittel? Aufgrund eines Vergleichs mit der Hochschulpolitik anderer Staaten schlägt die Studie dazu sieben Massnahmen vor. Sie sollten den Schweizer Unis zusätzliche 1,2 Milliarden Franken an Mitteln pro Jahr bringen.

**> HÖHERE BUNDESBEITRÄGE:** Die Ausgaben der Eidgenossenschaft für Bildung, Forschung und Innovation sollen um jährlich mindestens sechs Prozent wachsen. Dies sei nötig, weil die Grundbeiträge des Bundes in den vergangenen Jahren nicht Schritt gehalten hätten mit den massiv steigenden Kosten der universitären Hochschulen.

**> ANREIZE SETZEN:** Die öffentliche Hand sollte die Mittelvergabe an die Unis stärker über Anreize regeln. Zum Beispiel, indem die wissenschaftliche Publikationstätigkeit von Unisolvanten oder die Anzahl Spin-off-

Unternehmen berücksichtigt werden, die eine Uni hervorbringt. Ein solcher Ansatz fördere die Qualität der Hochschulen.

**> ALLIANZ BASEL-ZÜRICH:** Die beiden Metropolitanregionen sollen die Kooperation zwischen ihren Unis verstärken, indem sie auf kantonaler Ebene eine «umfassende politische Allianz» bilden.

**> MEHR GELD FÜR UNI-KANTONE:** Jene Kantone, die über keine Hochschule verfügen, sollen ihre Beiträge an die Uni-Kantone um jährlich neun Prozent erhöhen.

**> HÖHERE STUDIENGEBÜHREN:** Die Studiengebühren sollen für Schweizer Studierende schrittweise auf bis zu 5000 Franken pro Jahr erhöht werden, für Ausländer noch stärker. Dies würde den Unis jährliche Mehreinnahmen von bis zu 500 Millionen Franken bringen, rechnet die Studie vor. Kompensiert werden sollen die höheren Gebühren durch eine Reform des Stipendienwesens. Dieses müsse jedoch «streng» ausgelegt sein und dürfe nicht zu einer «Verwäs-

Datum: 23.03.2011

# Basler Zeitung

Die Zeitung der Nordwestschweiz



Basler Zeitung  
4002 Basel  
061/ 639 11 11  
www.baz.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 83'773  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 805.3  
Abo-Nr.: 1087300  
Seite: 4  
Fläche: 50'795 mm<sup>2</sup>

serung» der Studiengebühren führen. Die Unterstützung solle zudem in Form von rückzahlbaren Darlehen erfolgen.

- > **ABZUGSFÄHIGE SCHENKUNGEN:** Private, die Gelder an Hochschulen geben, sollen diese unbeschränkt von den Steuern abziehen können. So könnten private Beiträge an Unis deutlich erhöht werden.
- > **NATIONALE ERBSCHAFTSSTEUER:** Der unkonventionellste Vorschlag der

Studie fordert eine nationale Erbschaftssteuer, die Schenkungen an Hochschulen zu hundert Prozent abzugsfähig macht. Um die Fiskalquote nicht zu erhöhen, sollen gleichzeitig die kantonalen Vermögenssteuern gesenkt werden.

Den Anlass für die Studie boten mehrere Gesetzes- und Finanzvorlagen, die gegenwärtig auf Bundesebene erarbeitet werden. Dazu gehört etwa die Totalrevision des Forschungs- und Innovationsförderungsgesetzes, von der

Metrobasel erwartet, dass sie den Hochschulstandort Schweiz langfristig prägen wird.

Die Resultate stellte Metrobasel-Direktor Christoph Koellreuter gestern in Aarau Bundesparlamentariern und Bildungspolitikern aus der Nordwestschweiz und aus Zürich vor. Die Basler Denkfabrik hofft so, die Parlamentarier frühzeitig für Lobbyarbeit in Bern zu gewinnen.





Basellandschaftliche Zeitung AG  
4051 Basel  
061/ 927 26 00  
www.basellandschaftlichezeitung.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 20'378  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 805.3  
Abn.-Nr.: 1087300  
Seite: 25  
Fläche: 48'895 mm<sup>2</sup>

# Damit Schweizer Unis Spitze bleiben

**Studie** Basel reagiert verhalten auf Expertenvorschläge zur internationalen Qualitätssicherung



Müssen Schweizer Studenten bald 5000 Franken Studiengebühren im Jahr zahlen?

HEINZ DÜRRENBERGER

VON BORIS BURKHARDT

Damit schweizerische Universitäten im internationalen Vergleich mithalten können, schlägt die Denkfabrik «Metrobasel» in einer aktuellen Studie unter anderem höhere Studiengebühren und höhere Bundesausgaben vor (siehe Box). Der private Anteil an der Hochschulfinanzierung soll massiv verstärkt werden. In einem Zeitraum von fünf bis sechs Jahren geht Studienverfasser Christoph von Arb von einer Investitionssumme von 1,2 Milliarden Franken aus, die hälftig von Bund und Kantonen, hälftig aus

privaten Mitteln kommen sollen.

Der Universitätsrat begrüsst die Stossrichtung der Studie. Ratssekretär Joakim Rüegger bestätigt den Schweizer Universitäten ein hohes Niveau: «Aber wenn wir uns im internationalen Umfeld bewegen wollen, geht das nicht ohne weitere Finanzierungen.» Rüegger ist allerdings skeptisch, ob 600 Millionen Franken wirklich aus privaten Mitteln finanziert werden können.

**«Die Studie hat etwas**

**für die Linke, um sich darüber aufzuregen, und etwas für die Rechte.»**

**Christoph Koellreuter, Direktor «Metrobasel»**

Studiengebühren halte der Universitätsrat «aus akademischer Sicht» nicht für notwendig; bis 2013 seien die Einnahmen im Uni-Finanzplan gesichert: «Wir stehen dem neutral gegenüber. Wenn die Trägerkantone höhere Studiengebühren allerdings



Basellandschaftliche Zeitung AG  
 4051 Basel  
 061/927 26 00  
 www.basellandschaftlichezeitung.ch

Medienart: Print  
 Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
 Auflage: 20'378  
 Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 805.3  
 Abo-Nr.: 1087300  
 Seite: 25  
 Fläche: 48'895 mm<sup>2</sup>

für nötig empfinden, richten wir uns danach aus.» Jedenfalls müssten Studiengebühren schweizweit gleichmässig erhöht werden, um eine Binnenwanderung der Studenten zu verhindern. Mehr Bundesmittel fördere die Basler Universität schon lange; auch eine Erhöhung des kompetitiven Anteils an der Finanzierung (Massnahme 2) wünscht sich Rüegger: Die Uni stehe bei den bewilligten Projekteingaben «ganz oben». Die Zusammenarbeit der Universitäten (Massnahme 3) müsse ausserdem «von unten her» vereinbart werden, wie das mit der Systembiologie der ETH Zürich in Basel gut funktioniert habe.

Basels Erziehungsminister Christoph Eyemann sieht die Studie weit kritischer: «Sie ist nicht von hoher Praxistauglichkeit.» Sie enthalte zwar «lustige Ideen», für die aus Basler Sicht aber keine Notwendigkeit bestehe. Besonders für eine Erbschaftsteuer (Massnahme 7) sieht Eyemann schwarz: «Selbst wenn wir das im Bund nach langem Prozess mit knapper Mehrheit durchringen, wird die grosse Minderheit die Unifinanzierung insgesamt nicht unterstützen.»

«Metrobasel»-Direktor Christoph Koellreuter nimmt die Kritik gelassen. Die Vorschläge basierten vor allem auf den erfolgreichen Systemen in den USA, Kanada, Japan und Korea. In den USA beispielsweise funktionierten die steuerlichen Anreize (Massnahmen 6 und 7) sehr gut. «Die Studie hat etwas für die Linke, um sich darüber aufzuregen, und etwas für die Rechte», sagt Koellreuter mit einem Augenzwinkern. «Metrobasel» wolle neue Sichtweisen in die Diskussion einbringen: «Es wäre schön, wenn einige unserer Vorschläge in das neue Gesetz zur Hochschulförderung einflössen.»

#### ■ SIEBEN MASSNAHMEN: UNIVERSITÄTEN INTERNATIONAL FITHALTEN

Mit den sieben Massnahmen der Denkfabrik «Metrobasel» sollten die Schweizer Universitäten den internationalen Anschluss nicht verlieren:

1. Die **Bundesausgaben** um mindestens 6 Prozent jährlich erhöhen;
2. Hochschulen sollen öffentliche Mittel verstärkt kompetitiv (über **Forschungsprojekte**) einwerben;

3. **Zusammenarbeit** der Universitäten, besonders Basel und Zürich, verstärken;

5. Die **Studiengebühren** auf mindestens 5000 Franken pro Jahr erhöhen (Stipendien anpassen)

6. **Schenkungen** an Universitäten steuerfrei machen.

7. Nationale **Erbschaftsteuer** einführen, die den Hochschulen zugutekommt. (BOB)